

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891**

13.4.1891 (No. 100)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 13. April.

№ 100.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einschickungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 13. April.

In der letzten Zeit waren durch einen Theil der Presse Meldungen und Betrachtungen über die allgemeine politische Lage gegangen, welche dieselbe als eine etwas weniger befriedigende darstellten. Wir haben von diesen Mittheilungen keine Notiz genommen, weil wir der Ansicht waren, daß keinerlei thatsächliche Anhaltspunkte für eine minder vertrauensvolle Auffassung der Weltlage vorhanden seien. Diese Ansicht findet nun ihre Bestätigung durch die Ansprache des österreichischen Kaisers bei der Eröffnung des Reichsraths. In Bezug auf die Friedensausichten sagte der Kaiser in seiner Ansprache: „Geehrte Herren von beiden Häusern des Reichsraths! Euer Wunsch und Bedürfnis nach fruchtbarer Arbeit erfüllen nicht uns allein, in allen europäischen Staaten gibt sich das Verlangen nach friedlichem Nebeneinanderleben kund, von allen Regierungen kommen uns Versicherungen zu, welche die Erhaltung des Friedens als wesentlichste Aufgabe ihrer Bemühungen bezeichnen. Dies, wie die freundschaftlichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, berechtigt mich, die Hoffnung auszusprechen, daß die Reihe der Friedensjahre, deren sich die Monarchie bisher zu erfreuen hatte, fortauern und es Ihnen vergönnt sein werde, sich den Ihrern harrenden Arbeiten ungehindert widmen zu können.“ Diese autoritative Aeußerung über die Weltlage wird auch außerhalb Oesterreichs einer sympathischen Würdigung begegnen.

Aus Paris wird über den Eindruck, den die österreichische Thronrede dort gemacht hat, gemeldet: Das „Journal des Débats“ und das „Siccle“ heben in ihren Leitartikeln über die österreichische Thronrede insbesondere die Stelle hervor, welche der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck gibt. Dieselbe sei um so bedeutungsvoller und willkommener, als gerade in den letzten Tagen in einem Theile der auswärtigen Presse die diplomatische Lage ziemlich düster geschildert worden sei. Beide Blätter besprechen ferner eingehend den Passus über die Handelsverträge. Das „Siccle“ rühmt die Klarheit, mit welcher die Nothwendigkeit solcher Verträge betont wird, und legt diese Worte dringend dem Abgeordneten Meline und seinen Gefinnungsgenossen an's Herz. Das „Journal des Débats“ stellt den Auslassungen der Pariser Presse über eine angebliche, gegen Frankreich geplante Zollliga den Passus der Thronrede über die handelspolitischen Beziehungen gegenüber, und bemerkt, daß die Zolltarife Meline's in der österreichischen Thronrede mit einer Lobeserhebung auf die Handelsverträge beantwortet würden.

Auf Grund einer Verfügung des rumänischen Finanzministeriums werden, dem „Reichs-Anz.“ zufolge, künftig bei der Einfuhr von Waaren, welche nach dem Generaltarif Zollfrei sind, Ursprungszeugnisse nicht mehr gefordert werden.

Die Ausprägung von Reichsmünzen stellte sich nach Abzug der wieder eingelegenen Stücke Ende März: Goldmünzen: Doppelkronen 2 028 178 660 M., Kronen 502 628 120 M., halbe Kronen 27 960 040 M.; Silbermünzen: Fünfmarsstücke 74 086 495 M., Zweimarsstücke 104 955 938 M., Einmarsstücke 178 982 209 M., Fünfzigpfennigstücke 71 483 317,50 M., Zwanzigpfennigstücke 22 714 596 M.; Nickelmünzen: Zwanzigpfennigstücke 4 005 271 M., Zehnpfennigstücke 29 011 161,60 M., Fünfpfennigstücke 14 261 771,85 M.; Kupfermünzen: Zweipfennigstücke 6 213 177,88 M., Einpfennigstücke 5 250 119,54 M.

## Deutschland.

Berlin, 12. April. Dem Vernehmen nach wird der Kaiserliche Hof Anfangs Mai Berlin verlassen und in das Neue Palais nach Potsdam übersiedeln.

Unter Vorsitz Ihrer Majestät der Kaiserin hat gestern Vormittag im Hausministerium die Generalversammlung des Frauen-Lazareth-Vereins stattgefunden. In den Vorstand treten an Stelle des verstorbenen Konsuls Frhr. von der Heydt General von Grolman und an Stelle der Gräfin Waldersee Frau v. Wedell.

Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog von Oldenburg ist nunmehr wieder in den aktiven Dienst der Armee eingetreten und unter dem 9. April zum Kommandeur des Oldenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 19 ernannt worden. Der Erbgroßherzog bekleidet gegenwärtig die Charge eines Oberlieutenants.

Der kommandirende Admiral v. d. Goltz begab sich gestern in Begleitung von zwei Offizieren seines Stabes über Bremen, Southampton nach Plymouth, um sich dort zur Inspektion des Uebungsgeschwaders während dessen Rückfahrt nach der Heimath an Bord S. M. S. „Kaiser“ einzuschiffen.

Viceadmiral Paschen, Chef der Marinestation der

Nordsee, ist nunmehr, wie das „Militär-Wochenblatt“ meldet, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt. Viceadmiral Paschen gehört der Marine nahezu 25 Jahre an und hat auch die wichtigsten Entwicklungsperioden derselben mit durchgemacht. Er trat im Oktober 1867 aus der österreichischen Marine in den Dienst der damaligen königlich preussischen Marine über und avancirte bereits im Dezember 1878 zum Kapitän zur See. Im Oktober 1885 zum Contreadmiral befördert, übernahm er die Geschäfte des Vorstandes des Hydrographischen Amtes der Admiralität. Seine Beförderung zum Viceadmiral erfolgte am 27. Januar 1889. Kurz nachdem sein Vorgänger, Viceadmiral Frhr. v. d. Goltz, nach dem Tode des Grafen v. Monts an die leitende Stelle der Marine berufen wurde, übernahm Viceadmiral Paschen die Stellung des Chefs der Nordsee, welche er nahezu zwei Jahre inne hatte.

Major von Wismann wird auch, nachdem er die Leitung der Geschäfte in Ostafrika dem Freiherrn von Soden übergeben hat, dem deutschen Kolonialdienst in Ostafrika erhalten bleiben. Aus Sansibar liegt nämlich folgende telegraphische Nachricht vor: „Der ehemalige Reichskommissar Major v. Wismann gab heute die Erklärung ab, daß er unter den ihm angebotenen Bedingungen als „Kommissar zur Verfügung des kaiserlichen Gouvernements in Ostafrika“ im Reichsdienst verbleiben wolle.“ Dieser Entschluß des erfahrenen Afrikaners dürfte überall in Deutschland mit Befriedigung aufgenommen werden.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde die Berathung der Landgemeindeordnung gestern bei dem § 47 (Stimmrecht) fortgesetzt. Minister Herrfurth sprach sich gegen das von der Kommission eingefügte Stimmrecht weiblicher Gemeindeglieder aus. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Schalscha auf Streichung des weiblichen Stimmrechts angenommen. Beim § 48 bekämpfte der Minister den Antrag v. Rauchs, nach welchem das Stimmrecht durch Gemeindebeschuß und den Kreisauschuß zu erweitern möglich sein soll. Das Wahlrecht müsse gesetzlich festgelegt sein. Nach längerer Debatte nahm das Haus unter Verwerfung aller Anträge allein den Absatz 1 der Vorlage an, nach welchem mindestens zwei Drittel sämmtlicher Stimmen den Grundbesitzern zufallen müssen. Die Fortsetzung der Berathung wurde auf Montag angelegt.

Dem preussischen Landtag wird in nächster Zeit ein Vertrag mit Bremen und Oldenburg wegen der Verbesserung der Fahrstraße in der Außen-Wefer zugehen. Es handelt sich dabei um die Befestigung einer für die Schifffahrt überaus beschwerlichen Barre durch künstliche Anlagen. Bremen übernimmt die Ausführung und schießt die Baukosten vor. Letztere werden nach und nach aus den Leberschiffen der Leuchttower- und Bafengebühren über die Kosten der Unterhaltung der betreffenden Schifffahrtsanlage gedeckt. Subsidiär haften Preußen und Oldenburg pro rata für den etwa nicht gedeckten Theil der Baukosten. Aus dem letztgedachten Grunde ist die Zustimmung des Landtags verfassungsgemäß einzuholen.

Es sind in den letzten Tagen verschiednen lautende Nachrichten über die für Helgoland zu ergreifenden Verteidigungsmassnahmen verbreitet worden. Nach der einen sollte vorläufig nur an der Stelle, wo früher eine englische Batterie gewesen, eine neue angelegt werden, nach der anderen außerdem der Bau einer Mole vom Südbüde der Insel in südöstlicher Richtung etwa 500 Meter lang beschlossen sein; wieder andere wollen wissen, daß der Nord- und Südbüden für eine Torpedoflotte und die Fahrzeuge der Hochseefischer hergerichtet werde. Diese Nachrichten sind, den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge, sammt und sonders ungenau, unvollständig und auch verfrüht. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben:

„Zunächst hat es auf der Insel eine englische Batterie überhaupt nicht gegeben, vielmehr befanden sich dort nur verschiedene Rohre laffetirt und nicht laffetirt, ohne die Grundlage eines fortifikatorischen Systems, selbst eines Gedankens. Die laffetirten Geschütze dienten als Signalgeschütze und waren im übrigen veraltete Rohre, ohne jeden artilleristischen Werth im Vergleich zu dem heutigen Stande der Artillerie. Wichtig ist allen diesen Mittheilungen gegenüber lediglich der Umstand, daß die Landesverteidigungskommission sich mit der Frage, ob Helgoland überhaupt zu besetzen sei oder nicht, befaßt und sich in ersterem Sinne geäußert hat. Unrichtig ist wieder, daß die Absicht vorliege, die Insel (das Oberland) in ein Fort umzuwandeln. Was die Anlage eines Hafens angeht, so dürfte eine solche zwar in's Auge gefaßt sein, allein ohne den Bau einer Mole vom Nordende der Insel nach der Düne mit einem entsprechenden Durchlaß würde ein Hafen wieder für Torpedoboote u. s. w. nicht wohl herstellbar sein. Die artilleristische Armierung des Oberlandes soll in Wurfgeschützen und Kanonen bestehen und die Anlage einiger verenkbarer Geschütze nöthig machen. Ferner er-

heischt die Sicherung der Insel gegen einen Handreich eine Unterbrechung der von den Engländern gebauten Steintreppe, derart, daß die Verbindung zwischen Unterland und Oberland im Kriegsfall aufgehoben werden kann, wenn dies nothwendig erscheint. Was die Verteidigung der Position von Helgoland betrifft, so hört man, daß dies hauptsächlich Sache der Flotte sei, und daß dafür die im Flottenkonstruktionsplane von 1888/89 vorgesehenen Kriegsschiffe ausreichen. Der Gang der in's Auge gefaßten Anlagen dürfte sich hauptsächlich nach der Zeit reguliren, da die vorgesehenen Kriegsschiffe und der Nordostseeanal fertig gestellt sein sollen, also 1895. Eine Vorlage für die Befestigung Helgolands ist in dieser Tagung des Reichstags nicht mehr zu erwarten, es handelt sich vorläufig vielmehr um die Ueberführung des nothwendigen Kriegsmaterials an Geschützen und Munition, was von Wilhelmshaven aus bewirkt werden soll, um alsdann die projektirte artilleristische Armierung in Angriff zu nehmen. Damit, sowie mit den Einrichtungen für einen zweckmäßigen Signaldienst, dürfte es in diesem Jahre sein Bewenden haben.“

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. April. Der österreichische Reichsrath ist heute Mittag in der Hofburg zu Wien mit einer Thronrede des Kaisers Franz Josef eröffnet worden. Die Thronrede stellt fest, daß sich in allen Staaten das Verlangen nach friedlichem Nebeneinanderleben kundgebe (vergleiche die wörtliche Wiedergabe des betreffenden Passus an der Spitze des nichtamtl. Theils). Ferner besagt sie, die Regierung werde bemüht sein, die handelspolitischen Beziehungen zu ausländischen Staaten, soweit es nothwendig und wünschenswerth sei, einer Neuregelung zuzuführen, wobei angestrebt wird, daß die Vereinbarungen möglichst gleichzeitig und für lange Zeit erfolgen, damit Industrie und Landwirtschaft unter der Herrschaft stabiler Verhältnisse gedeihliche Existenzbedingungen finden. Die Thronrede gedenkt der erzielten Ergebnisse im böhmischen Ausgleich und erklärt, die Ausgestaltung und Verwirklichung desselben in der Zukunft bleibe der Gegenstand des unentwegten Strebens der Regierung. Der Finanzpassus betont die Nothwendigkeit der Erhaltung und Sicherung des erzielten Gleichgewichts im Staatshaushalte und kündigt eine Reform der direkten Besteuerung an. Alsdann gedenkt die Thronrede des Unternehmens der Lloydgesellschaft, der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Wiener Stadtbahn. Die Thronrede wurde bei dem Passus über die Erhaltung des Friedens und bei demjenigen über die Ausgleichung der innerpolitischen Gegensätze mit Beifall aufgenommen. Auch der wirtschaftliche Theil der Thronrede machte einen guten Eindruck. Nur die Erwähnung der Valutaregulirung in dem ursprünglichen Entwurf der Rede enthalten war und nur wegen der noch ungeklärten Majoritätsverhältnisse unterblieb; die Valutaregulirung werde in der nächsten Reichsrathssession sicherlich durchgeführt werden. — Die Handelskammer hat den dringlichen Beschluß gefaßt, den Handelsminister zu bitten, daß er durch öffentliche Kundmachung die Arbeiter auf die gesetzlichen Folgen eines Rechtsbruches durch eigenmächtige ArbeitsEinstellung am 1. Mai verweise. Diesem Wunsche ist bereits entsprochen worden, ehe er zur offiziellen Kenntniß der Regierung gelangen konnte. Die „Wiener Abendpost“ theilt nämlich mit, die Regierung habe, verharrend auf dem im Vorjahre eingenommenen Standpunkt, den Vorständen der in Staatsverwaltung stehenden Betriebe eröffnet, daß am 1. Mai die Arbeit nicht eingestellt wird. Die Vorstände sind angewiesen, den Arbeitern bekannt zu geben, daß es unzulässig sei, die gänzliche oder theilweise Unterbrechung der Arbeit am 1. Mai zuzugestehen, und sie aufmerksam zu machen auf die Folgen einer etwaigen eigenmächtigen ArbeitsEinstellung. Die Privatbahnunternehmungen, Handels- und Gewerbetkammern und Gewerbeinspektoren sind hiervon verständigt und die Chefs der Landesverwaltungen aufgefordert worden, die Geseze über das Vereins- und Versammlungsrecht streng zu handhaben, demonstrative öffentliche Aufzüge nicht zu gestatten und die Arbeiter in besonderer Kundmachung vor eigenmächtiger ArbeitsEinstellung, überhaupt vor jeder Gesezwidrigkeit zu warnen.

## Italien.

Rom, 11. April. Baron Nicotera, der Minister des Innern, hat wiederholt ausgesprochen, daß es sein fester Entschluß sei, am 1. Mai keine öffentlichen Demonstrationen der Arbeiter zu dulden. In diesem Sinne hat er die Lokalbehörden angewiesen. Das Amtsblatt veröffentlicht folgendes vom Minister an die Präfecten gerichtete Rundschreiben: „Von dem Wunsche geleitet, daß die Absichten der Regierung nicht übel verstanden werden, fordere ich Sie auf, in allen Gemeinden der Provinz vier oder fünf Tage vor Ablauf des Monats April eine Kundgebung zur Veröffentlichung zu bringen, nach welcher aus Rücksicht für die öffentliche Ordnung Aufzüge, die dahin zielen, den Kundgebungen der Arbeiter am 1. Mai oder an meh-

tag noch in der gegenwärtigen Session der Vertrag vorgelegt werden könnte. Ohne Zweifel wird es aber in der Winter-session geschehen, und zwar im Zusammenhang mit verschiedenen andern mitteleuropäischen Handelsverträgen. Ein Widerspruch des Reichstags gegen ein solches internationales System wird schwerlich zu erwarten sein, wenn auch einzelne Bestimmungen nicht auf allseitigen Beifall rechnen können. Was den Zeitraum anlangt, für welchen der neue Vertrag gelten soll, so verläutet gerüchlicherweise, daß es sich um eine zwölfjährige Dauer handle.

Der ständige Ausschuss der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft hat beschlossen, auf den 5. Mai eine Sitzung des Verwaltungsraths einzuberufen, der am 20. d. M. eine Berathung von Technikern vorausgehen wird, um für die Bildung einer Gesellschaft und sofortige Inangriffnahme einer Eisenbahn von Tanga nach Kororogwe behufs Anschließung des Usambaragebietes die nötigen Vollmachten zu erteilen. Eine Finanzprüfung von Zuschüssen oder Subventionen seitens des Reiches für diesen Bahnbau wird nicht beabsichtigt. Auch der Abschluß eines Abhandlungsvertrages zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und der Wörmann'schen Dampfschiffahrtsgesellschaft behufs Einrichtung einer Dampfschiffsverbindung zwischen den deutsch-ostafrikanischen Häfen und Bombay wird dieser Tage erfolgen. Zunächst wird ein großes Dampfschiff in diesen Dienst eingestellt. Dr. Hüfner, dem die Leitung der Plantagen, sowie der Versuchsanstalt anvertraut ist, welche die Ostafrikanische Gesellschaft in Usambara anlegt, ist in Ägypten angekommen, wo er noch Studien über die Baumwollkultur macht.

Hinsichtlich des Planes, für die Kolonie Kamerun eine besondere Anleihe im Betrage von 1 1/2 Mill. Mark aufzunehmen, war in der Presse der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese verhältnismäßig geringe Summe unter Beiseitelassung der staatsrechtlichen Kontroverse über das Recht der Regierung, eine derartige Anleihe ohne Zustimmung des Reichstags aufzunehmen, beschafft werden möchte. Dies wird, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, geschehen. Dem Reichstag wird dieser Quelle zufolge in der Form eines Nachtragsesatzes eine Vorlage zugehen, wonach die zur besseren Anschließung des Schutzgebietes erforderliche Summe aus der Reichskasse hergegeben und aus den Zollerträgen von Kamerun, aus denen die geplante Anleihe bekanntlich verzinst und getilgt werden sollte, zurückzuerhalten würde. Eine Mehrheit für diese Erledigung der Angelegenheit scheint gesichert zu sein. Es wird dann, wie die „Nat.-Ztg.“ hervorhebt, die Nothwendigkeit für den Reichstag fortfallen, sich in die staatsrechtlichen Untersuchungen zu vertiefen, welche vor der Vertagung in der Kommission stattfanden. Das genannte Blatt sagt: „Wir haben angedeutet, wie die formelle Lage der Sache jedenfalls sehr zweifelhaft ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Kaiser die Finanzgewalt in den Kolonien besitzt, insofern also auch ohne Zustimmung des Reichstags eine Anleihe aufgenommen werden könnte. Andererseits mangelt es an dem Rechtssubjekt, für welches die Anleihe aufgenommen würde, denn als ein solches kann das einzelne, durchaus von der Reichsgewalt abhängige, in ihrem Besitz befindliche Schutzgebiet nicht betrachtet werden. Es empfiehlt sich immer, derartige Kontroversen durch eine anderweitige Erfüllung des erstrebten sachlichen Zweckes überflüssig zu machen.“

Weimar, 11. April. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat heute eine Deputation des russischen Husarenregiments Jngermannland zu dessen Chef er vor 50 Jahren ernannt wurde, empfangen.

München, 11. April. Zur Hochzeitsfeier des Prinzen Alphonse sind die ersten Gäste, Herzog und Herzogin von Genua, heute Abend hier angekommen. Der Herzog von Alençon kommt mit seiner Familie am 14. d. an. Ein Programm für die Vermählungsfeierlichkeiten wird nicht ausgegeben, da dieselben im Familienkreise vor sich gehen. Um 10 1/2 Uhr findet im Schlosse zu Nymphenburg die Ziviltrauung durch den Staatsminister des königlichen Hauses, Ministerpräsidenten Freiherrn v. Crailsheim, statt, woran sich die kirchliche Trauung durch den Erzbischof v. Thoma schließt. Hierauf findet Cercle und Beglückwünschung statt und alsdann begeben sich die höchsten Herrschaften nach München zurück. Nur für die Mitglieder der Familie der Prinzessin Adalbert und deren auswärtige Gäste findet eine Tafel in Nymphenburg statt.

Strasburg, 12. April. Eine reichsländische Zeitung brachte vor einigen Tagen folgenden Schlußsatz eines größeren Artikels der „Grenzboten“ über die deutsche Einheit zur Kenntniß des elsass-lothringischen Publikums: „Achtung und Schonung der berechtigten Stammeseigenheiten ist im vergangenen Winter ein beliebtes Mahnwort gewesen, das der Süden dem Norden zugerufen hat. Ich glaube, rührender, zartfühlender in dieser Beziehung ist wohl nie eine Staatskunst verfahren, als die unsrige. Durch diese Schonung haben wir es fertig gebracht, daß die Elsäffer heute französischer sind als vor dem Kriege, und daß nach einem Vierteljahrhundert das Welfenthum in ungebrochener Stärke blüht...“ Man darf in der That erstaunt sein, daß eine so hervorragende und ernste Zeitschrift wie die „Grenzboten“ sich entschließen konnte, solche Ansichten zu veröffentlichen, offenbar von einem Schriftsteller herrührend, welcher die elsass-lothringischen Verhältnisse gar nicht kennt und von dem steten Fortschreiten des Deutschthums im Reichslande nicht die blasse Ahnung hat. Die große Verbreitung der „Grenzboten“ in Altdeutschland lassen es angezeigt erscheinen, der Behauptung, daß die Elsäffer heute französischer sind als vor 1870, energisch entgegenzutreten. Jeder unpar-

teische Beobachter der hiesigen Verhältnisse wird leicht erkennen, daß die Bemühungen der reichsländischen Regierung, die elsass-lothringische Bevölkerung zum Deutschthum herüberzuziehen, von bestem Erfolge gekrönt worden. Wir brauchen von den tausenden von Beispielen nur einige aus der jüngsten Zeit hier wiederzugeben, um den vollgiltigen Beweis zu bringen von dem stetigen Anwachsen des Deutschthums in unserem Lande. Durch die Gründung von Landesverbänden für die reichsländischen Krieger- und Gesangsvereine ist bekannt geworden, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder eingeborene Elsäffer-Lothringer sind, die deutschen Sinn und deutsche Art auf's eifrigste pflegen. Ferner kommt hier die bekannte Adresse des Landesauschusses an den Kaiser in Betracht, die doch sicher kein Zeichen von Deutscheindlichkeit ist. Weiter hat kürzlich in Chateau-Salins in Lothringen eine Abschiedsfeier zu Ehren des scheidenden Kreisdirectors stattgefunden, an welcher sich sehr viele angesehene Lothringer in einer Weise beteiligten, die leicht erkennen ließ, daß sie deutsch denken und fühlen gelernt haben. Ein viertes Beispiel dürfte die jüngst in der Presse viel besprochene Veröffentlichung der deutsch-patriotischen Liebersammlung des lothringischen Pfarrers Jacot in Fèves dienen. Daß dabei gelegentlich auch noch Ausnahmen vorkommen, besonders in Lothringen, läßt sich ja nicht bestreiten, wie z. B. das Auftreten des Herrn Ditsch im Landesauschusse bei der Besprechung über die Adresse an den Kaiser, aber Ausnahmen bestätigen die Regel.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. April. Wie die Zustimmung zu den wichtigsten Erklärungen der gestrigen Thronrede Seiner Majestät des Kaisers schon in den Kreisen der Reichsrathsabgeordneten durch Beifall kundgegeben worden ist, so kommt sie auch in den Aeußerungen hiesiger Blätter zum Ausdruck. Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Die Thronrede ladet die Wälder Oesterreichs zu einer heilbringenden Thätigkeit auf weitem Gebiete öffentlicher Wohlfahrt ein, und eröffnet den Ausblick auf zahlreiche Zielpunkte, insbesondere des wirtschaftlichen Lebens. Unter dem erfreulichen und ermutigenden Zeichen des allgemeinen Friedens richtet Seine Majestät seine Worte an die Vertreter seines Reiches, und die Erwartung, welche der Kaiser ausspricht, daß Europa und die Monarchie, dank den aufrichtigen Wünschen und Bemühungen aller Regierungen, noch lange Friedensjahre genießen werden, wird als eine zu allen Herzen sprechende Mahnung gelten, diese Zeit zur Lösung der großen kulturellen Aufgaben zu verwenden, von denen die Allerhöchste Thronrede ein so reichhaltiges Bild entwirft. Um diesen Zwecken gerecht zu werden, Zwecken, die fast alle Zweige der Gesetzgebung berühren — in vielfacher Hinsicht das Verkehrs-, die Staatsgesetzgebung, die sozial-politische Lage, das Unterrichts- und Justizwesen betreffen — erwartet die Thronrede, daß der Reichsrath vor allem einer sachlichen Prüfung der Vorlagen obliegen werde, daß der Geist der Unbefangenheit im neuen Hause walte, welcher selbst den Standpunkt des Parteigegners zu achten vermag und dadurch die bestehenden Gegensätze wesentlich mildern könnte. Die Auffindung und die Festhaltung eines gemeinsamen, vom Parteihandpunkte losgelassenen Bodens, die Unterordnung der Parteidendenz unter die Postulate der Gesamtheit — dieser hohe Gedanke erfüllt die Thronrede, und von diesem wünscht sie das neue Haus durchdrungen und getragen zu sehen. Erst wenn das Haus von diesen Intentionen geleitet, die großen wirtschaftlichen Aufgaben wirksam zu fördern und das allgemeine Wohl zu kräftigen vermöchte, würden die verfassungsmäßigen Einrichtungen zur vollen Wahrheit werden und zu ihrem wahren Werthe gelangen. Mögen die Worte des Monarchen ihren Eingang in alle Herzen und in die Gemüther der Volksvertreter finden. Mögen sie die Parteien zur gemeinsamen Arbeit im Dienste so wichtiger und nützlicher Zwecke vereinigen. Die Wiener werden in diesem insbesondere mit Stolz jene Stelle wahrnehmen, welche die Schaffung von Groß-Wien betrifft und mit Freude der unvergänglichen Pflanze inne werden, welche der Kaiser bei der Sorge um das Gedeihen aller Völker insbesondere der Großstadt zuwendet.“ Die „Neue Freie Presse“ schreibt, der Grundgedanke der Thronrede sei derselbe, welchen die Regierung in ihrem Programm bei Auflösung des Reichsraths ausgesprochen, nämlich der, die Session zu einer Periode wirtschaftlicher Reformen zu gestalten und zu diesem Zwecke an alle Parteien zu appellieren. Allenfalls werde mit Genugthuung bemerkt, daß die Thronrede, ungeachtet der nicht erfreulichen Zwischenfälle in Bulgarien, die Hoffnung auf eine Reihe von Friedensjahren ausspricht, und bemerkenswerth sei die Ankündigung, die Regierung bestrebe ungeachtet der Wahlfrage der Junggehehen auf der Durchführung des Ausgleichs. Die „Presse“ betont, die Thronrede sei ein bedeutungsvolles Dokument, welches die friedlichen Dispositionen der europäischen Völker und Regierungen betone, und schliesse sich vollkommen dem Programm der Regierung bei der Auflösung des Reichsraths betreffs eines einträchtigen, erspriesslichen Wirkens an.

#### Frankreich.

Paris, 12. April. Eine halbamtliche Note erklärt die von einem Korrespondenten des „Temps“ in Tonkin gebrachte Nachricht über die Anwesenheit zahlreicher Scharen von Seeräubern im Delta, die Nachricht wurde in der vorigen Nummer unseres Blattes wiedergegeben, für unrichtig. Die Note sagt hierzu, die allgemeine Lage in Tonkin habe sich seit dem Februar merklich gebessert. (Immerhin läßt sie, wenn die vom Dampfer „Caledonien“ nach Marseille gebrachten Berichte auf Wahrheit beruhen, noch ziemlich viel zu wünschen übrig.)

#### Großbritannien.

London, 11. April. In der vorgestrigen Sitzung des Gemeinderaths der City stellte W. H. Williamson folgenden Antrag bezüglich einer Adresse an den Deutschen Kaiser: „Daß im Falle Seine Majestät der Deutsche Kaiser dieses Land besuchen sollte, eine Einladung an Seine Majestät gerichtet werde, ihn bittend, ob er der Korporation die Ehre zu Theil werden lassen wolle, ihm eine Willkommensadresse in einem passenden goldenen Kästchen in der Guildhall zu überreichen, und daß der Lord-Mayor aufgefordert werde, die nötigen Schritte zu dem Ende zu thun.“ In der Motivierung seines Antrags bemerkte Williamson, daß es ihm sehr freue, diesen Antrag stellen zu können. Vor einem Jahre habe der Deutsche Kaiser England besucht, aber nur bei der Königin in Osborne verweilt. Es sei jetzt bekannt geworden, daß Seine Majestät die Metropole im Sommer besuchen werde. Obgleich der Hauptzweck des Besuchs sicherlich Familien- und sozialen Angelegenheiten gelte, glaube er (der Antragsteller) dennoch, der Gemeinderath möchte Seine Majestät bitten, der Korporation das Vorrecht zu gestatten, ihm den Ausdruck des Wohlwollens der Bürger Londons zu bezeugen und ihn in der Guildhall zu bewillkommen. Der Beschluß solle sich nicht auf Präcedenzfälle gründen, sondern sich auf seine eigene Berechtigung stützen. Der Deutsche Kaiser sei nicht nur der Enkel der Königin und der Sohn der Prinzessin Royal, sondern ein Monarch, welcher die herzlichsten Gefinnungen gegen England hege und durch seinen Entschluß, eine friedliche Politik zu verfolgen, Europa vor Kampf und Streit bewahrt und den Nationen der Welt gestattet habe, ihrem Gewerksleiß in Friede und Ruhe nachzugehen. Würde Seine Majestät die City besuchen, so sei er eines großartigen Empfanges sicher. Was die Form der Unterhaltung betreffe, so möge der Lord-Mayor durch die gewöhnlichen Kanäle die Ansicht Seiner Majestät erkunden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Lord-Mayor erklärte, er glaube, Seine Majestät werde London in der ersten oder zweiten Woche des Juli besuchen.

#### Zeitungsstimmen.

Gegen den „Absentismus“ im Reichstag wendet sich die „Germania“ mit folgenden treffenden Bemerkungen: „Diese auch in England zuweilen auftauchende und dann eifrig bekämpfte Krankheit herrscht auch wieder im deutschen Reichstage. Derselbe war heute wieder nicht beschlußfähig. Diese Erscheinung macht einen niederdrückenden Eindruck. Die höchste Ehrenstellung, die das Volk aus freier Wahl erteilen kann, aber nur zur Erfüllung hoher und ernster Pflichten erteilt, wird von einem großen Theil ihrer Inhaber nicht mit Eifer und Pflichttreue wahrgenommen. Wir wissen dabei sehr gut, daß ein anderer Theil der Reichsmitglieder wegen enger Hinderungsgründe auf längere oder kürzere Zeit wegbleibt und daß hier und da auch dann, wenn ein offizieller Urlaub nicht nachgesucht und erteilt worden ist, eine offizielle Entschuldigung nicht vorliegt, erste Abhaltungen bestehen. Es gibt ja auch Abgeordnete, welche ihren Wählern noch vor der Wahl erklärt haben, sie würden zu einer regelmäßigen Wahrnehmung des Mandats nicht im Stande sein, fast nur an den wichtigsten Tagen anwesend sein können, und die wegen ihrer sonstigen Eigenschaften doch gewählt worden sind. Aber alle diese Fälle aufzuzählen schließt nicht aus, daß selbst in ungünstigen Zeiten wenigstens ein beschlußfähiges Haus möglich bleibt, und dann — muß die Beschlußfähigkeit auch vorhanden sein. Das Gegentheil mindert das Ansehen der Volksvertretung, schädigt die Erfüllung der Aufgaben des Parlaments, verlegt die Rücksicht auf die eifrigen Abgeordneten, die Wanders gar nicht unternehmen können und in manchem Unannehmen, wie heute, sogar geküßt werden, weil andere fehlen.“

Der „Hannoversche Courire“ meint in der gleichen Angelegenheit: „Der Reichstag ist durch den mangelhaften Besuch der Disputationsversuchen der Sozialdemokraten gegenüber vollkommen vogelfrei. Dieselben können jeden Augenblick von der Waffe der Auszählung Gebrauch machen und den Schluß der Sitzung erzwingen. Die Länge der Session bewirkt das Fernbleiben zahlreicher Abgeordneter von den Sitzungen und dieses Fernbleiben hat wieder ein immer weiteres Hinausdrängen der Arbeiten zur Folge — ein trübseliger Jurel. Und weiter: welchen praktischen Werth haben Beschlüsse, bei denen nur ein Viertel des Plenums mitgewirkt hat? Reigt nicht die Möglichkeit doppelt nahe, daß bei der dritten Session — wo Gefahr im Verzuge und die Theilnahme vielleicht größer ist — wenn auch nicht die Debatten von neuem eröffnet werden, aber die nach heftigem Bemühen gefaßten Beschlüsse durch Infallsmajoritäten endgiltig wieder umgehoben werden?“

Eine beachtenswerthe Seite der Sache hebt die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ hervor, indem sie ausführt: „Angesichts der Thatfache, daß die Verhandlungen (über das Arbeiterchutzesgesetz vor Oßern) sehr schleppend geführt werden, gab der „Reichsanzeiger“ einer gewissen Beforgnis Ausdruck, indem er den Reichstag zu einer etwas lebhafteren Gangart zu ermuntern suchte. Nach den in dieser Woche gemachten Erfahrungen war aber die amtliche Mahnung in dem Wind gesprochen, denn die überaus schwache Besetzung des Hauses, welche als chronische Beschlußunfähigkeit zu Tage tritt, gibt den Sozialdemokraten in die Hand, zu bestimmen, ob die Verhandlung vorschreiten oder streifen soll. Ein solcher Zustand stellt nicht nur die Würde des Hauses in Frage, sondern auch ein sehr vitales Interesse des Erwerbslebens. Das letztere hat nachgerade einen dringlichen Anspruch, endlich Gewißheit darüber zu erhalten, was für das Gewerbetreibende, die Bedingungen des Arbeitsvertrages, den Arbeiterchutzes etc. Gesetz sein wird, nachdem seit mehr als Jahresfrist alle diese Dinge in der Schwebe sind. Daß die neuen Bestimmungen vielfach dem gewerblichen Betriebe andere Einrichtungen, als bisher üblich gewesen, aufnöthigen, ist sicher; aber weniger der Stand der Dinge und die mit demselben für die Industrie verknüpften materiellen Opfer sind es, welche den Unternehmungsgeist lähmen, als vielmehr die Unsicherheit über das Kommando, welche jede geschäftliche Disposition über die nächsten Monate hinaus vereitelt. Wenn die Sozialdemokraten vorgeben, Alles, was sie thun, im Interesse der Arbeiter zu thun, so werden sie diesem Vorhaben gewiß nicht gerecht, indem sie diese Verhandlung ad calendas graecas verschleppen, denn die der Industrie durch Ungewißheit über den Inhalt des zukünftigen Gesetzes auferlegte Beschränkung wirkt jedenfalls auf

die Lage der Arbeiter zurück und verschlimmert die letztere mehr, als sie durch die geplanten Reformen gebessert werden möchte."

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 13. April.

Die Schwester Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, Ihre Kaiserliche Hoheit die Großfürstin Olga Feodorowna, Gemahlin des Großfürsten Michael Nicolajewitsch, ist heute Nacht um 12 Uhr in Charkow sanft verschieden; nur ihr Sohn, der Großfürst Nicolaus Michailowitsch befand sich bei Höchstderjelben. — Die Großfürstin verließ St. Petersburg, um auf ärztlichen Rath in der Krüm Erholung und Stärkung zu suchen nach einem mehrfach durch Unwohlsein getrübteten Winter; die Abreise erfolgte in der Nacht vom Dienstag den 7. auf Mittwoch den 8. April d. J. — Letzten Donnerstag den 9. d. M. nöthigte eine Halsentzündung die Großfürstin ihre Reise zu unterbrechen und in Charkow zu verbleiben. Samstag den 11. d. M. früh war diese Krankheit gehoben, aber am Abend dieses Tages trat eine ausgebreitete Rippenfellentzündung auf, welche sofort von den Ärzten als äußerst gefährlich bezeichnet wurde, indem ein langjähriges Herzleiden einen Verfall der Kräfte unmittelbar herbeiführte und bereits in der Frühe des folgenden Tages, Sonntag den 12. April, hatte der Schwächezustand einen solchen Grad erreicht, daß das Leben der hohen Kranken als gefährdet angesehen werden mußte. Gegen Abend trat Bewußtlosigkeit ein und gleichzeitig völlige Entkräftung, sowie Nachlaß der Herzthätigkeit.

Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Michael Nicolajewitsch reiste auf die erste Nachricht von der schweren Erkrankung von Petersburg ab, um sich zu seiner Gemahlin zu begeben und soll heute Abend in Charkow eintreffen, wofelbst der älteste Sohn, Großfürst Nicolaus, bei der sterblichen Hülfe seiner Mutter verweilt.

Gestern nach dem Gottesdienste in der Schlosskirche nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Oberlieutenants Glauer, etatsmäßiger Stabs-offizier im 35. Infanterie-Regiment Graf von Roon (Preussisches) Nr. 33, bisher Bataillonskommandeur im 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 entgegen. Darnach empfing Höchstderjelbe den Baurath Drach, welcher Seiner Königlichen Hoheit Vortrag hielt über die Wasserverzorgungsarbeiten des Alb-Prinz-Plateaus unter Vorlage der Pläne.

Heute Vormittag empfing der Großherzog den Oberstammerherrn Freiherrn von Gemmingen und den Staatsminister Dr. Turban. Hierauf nahm Höchstderjelbe die Meldung des Oberst Bogemeier genannt von Niebelschütz, Kommandeur des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, und des Majors von Spalding, Bataillonskommandeur im 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111, entgegen und ertheilte dem Hofgärtner Graebener eine Audienz. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg, nahm dann an einem Trauergottesdienste in der russischen Kapelle Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm theil und arbeitete noch mit dem Legationsrath Dr. Freiherrn von Babo.

\* Die Allgemeine Volksbibliothek hat vom 6. bis 12. April an 471 Besucher 606 Bände ausgeliehen.

§ 8. **Moskau**, 12. April. (Der hiesige Frauenverein) hat im verfloffenen Jahre eine Vermehrung der Zahl seiner Mitglieder auf 144 aufzuweisen. Die Einnahmen besagen mit skassen-vorrath, Mitgliederbeiträge und der reichen Gabe von 100 M. als Geschenk der hohen Protektorin der Frauenvereine 560 M. 38 Pf.; die Ausgaben für Kranke, Wöchnerinnen, Handarbeits-unterricht, den Leberinnenunterstützungsfonds, Dienstbotenpflege und 194 M. Kassenrest wieder 520 M. 38 Pf. Die Frauenarbeits-schule war in 3 Unterrichtskursen von 48 Schülerinnen besetzt; es betragen die Einnahmen 2600 M. 26 Pf., welcher Summe eine gleiche Ausgabe, 1500 M. vorübergehende Kapitalanlage inbegriffen, gegenübersteht.

### Verschiedenes.

Berlin, 12. April. (Zur Belebung der wissenschaftlichen Wechselbeziehungen, welche Japan) mit keinem Lande in dem Maße pflegt wie mit Deutschland, sind in früheren Jahren von deutschen und japanischen Gelehrten in Tokio gemeinverständlich wissenschaftliche Vorträge veranstaltet und vor einem größeren Publikum gehalten worden. Sämmtliche Vorträge, auch diejenigen der Japaner, wurden in deutscher Sprache gehalten und erst nach Schluß für solche Zuhörer, welche des Deutschen nicht hinlänglich mächtig waren, von japanischen Dolmetschern in das Japanische übersetzt. Die wissenschaftliche Leitung führte ein aus Deutschen und Japanern zusammengesetztes Komitee, an dessen Spitze der Rektor der Universität in Tokio als Ehrenpräsident stand. Die Vorträge hatten einen sehr guten Erfolge, wurden von japanischen Studenten, Lehrern und Professoren in großer Zahl, ebenso von Deutschen, aber auch von Engländern und Amerikanern besucht. In letzter Zeit schien das Interesse an der Sache nachgelassen zu haben, und es ist deshalb erfreulich, daß die Vorträge — wie man der „Nordd. Allg. Sta.“ aus Tokio schreibt — in diesem Winter wieder aufgenommen worden sind.

W. Lübeck, 11. April. (Ferdinand Dahlberg), Chef der Firma Ferd. Dahlberg u. Co., Vorsitzender des Verwaltungsraths der Kommerzbank und der Lübeck-Büchener Bahn, ist gestorben.

A. B. Paris, 10. April. (In Afrika ermordet.) Nach einer Depesche vom Senegal sind zwei französische Kaufleute, welche von Marseille am 10. Februar abgereist sind, auf dem Wege von Grandbassam nach Kong, wo sie ein Geschäft eröffnen wollten, von den Eingeborenen ermordet worden.

Calais, 11. April. (Internationale Diebe.) Dirsches Telegraphenbureau läßt sich von hier melden: Heute Nacht verhafteten französische und englische Detektivs vier der berüchtigtesten internationalen Diebe, welche vor drei Jahren zwei Millionen aus dem Postwagen Ostende-Brüssel und 700 000 Frs. aus dem

Bahnzug Neuhafen-Wien nahen. Die Identität des Bandenchefs Pawwels, wurde sofort festgestellt. Die anderen Verhafteten gaben falsche Namen und Adressen an. Pawwels ist bereits in England und Frankreich verurtheilt worden. Die englische Polizei war davon unterrichtet, daß die Bande große Verthe, welche sich in feuerfesten Schränken auf einem Dampfboote befinden, ent-wenden wollte. Nachschlüssel, welche die Schränke öffnen, wurden bei Pawwels gefunden. Die Diebe waren gewarnt und unter-nahmen deshalb den auf der Ueberfahrt geplanten Anschlag nicht; sie wurden auf dem Bahnhof verhaftet. (Dem Gewächsmann des Dirsches Telegraphenbureau muß die Verantwortlichkeit für den einigermassen übertrieben klingenden Bericht überlassen bleiben.)

W. Bukarest, 12. April. (Andauernde Regenauffe) haben in einigen Gegenden Rumäniens Hochwasser hervorgerufen, welches mehrfach Verlehrsstörungen zur Folge hatte. Aus dem Gebirge werden starke Schneefälle gemeldet.

A. H. Grenoble, 11. April. (Felssturz.) Infolge eines Felssturzes ist das Dorf Enchatras theilweise verschüttet worden; bis jetzt zählt man zwei Tote und einen Verwundeten.

A. H. Algier, 12. April. (Gensüßere Plage.) Aus den südlichen Departements von Algier und Constantine wird das Erscheinen großer Schwärmen von Wanderheuschrecken gemeldet, durch welche bereits beträchtliche Verwüstungen angerichtet wurden.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 13. April. Im Reichstag stand heute die Interpellation des Abg. Hacke betreffend das angeblich abfällige Urtheil des preussischen Kriegsministers über die ostfriesischen Rekruten auf der Tagesordnung. Der Reichskanzler v. Caprivi erklärte, gegen den Bildungsgrad und den Patriotismus der ostfriesischen Rekruten habe der Kriegsminister keinen Vorwurf erheben wollen. Bezüglich der Bildung ständen die ostfriesischen Rekruten weit über dem Durchschnitt und ihren Patriotismus hätten die Ostfriesen unter dem Großen Kurfürsten und unter Friedrich dem Großen, dessen Lieblings er gewesen seien, sowie in dem Kriege von 1870/71 hinreichend bewährt.

Der Reichstag setzte alsdann die Berathung der Gewerbeordnung fort und nahm § 125 mit einem Antrag des Abg. Gutfleisch an, nach welchem ein Unternehmer, der einen kontraktbrüchigen Gesellen behält, dem früheren Arbeitgeber ersatzpflichtig ist.

Berlin, 13. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt gegenüber einer Meldung des „Daily Telegraph“ über den Versuch eines Attentats auf den Czaren, welcher in der Petersburger Gardereibahn stattgefunden haben soll: „Wir sind in der Lage, festzustellen, daß unter den vielen Zuschauern, welche der Besichtigung beiwohnten, Niemand etwas Auffallendes bemerkte; es gewinnt daher den Anschein, daß das englische Blatt mystifiziert worden ist.“

Bonn, 13. April. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich beglückwünschte gestern früh ihre Tochter, die Prinzessin Viktoria, in der Villa Loeschig und begab sich sodann gemeinsam mit derselben zum Gottesdienste in der Kirche. Zum Diner waren der kommandierende General des 8. Armeecorps, General der Kavallerie Freiherr v. Loë, und die Offiziere der umliegenden Garnisonen mit ihren Damen geladen. Am Samstag hatte die Kaiserin das Viktoria-Stift in Godesberg besucht. (Die Beglückwüns-chung der Prinzessin bezog sich darauf, daß Höchstdie-selbe gestern ihren Geburtstag feierte.)

München, 13. April. Die „Neuesten Nachrichten“ melden, daß Professor Friedrich August Kaulbach von dem Amt eines Direktors der Akademie der bildenden Künste zurücktetre. (Kaulbach bekleidet dieses Amt seit 1886.)

London, 13. April. Die „Times“ melden aus Rangun, der von den Manipuris ermordete englische Oberkommissar von Assam, Quinton, sei nach seiner Tödtung vor den Augen des Regenten geköpft, verstümmelt und sodann

fein seine Glieder den Hunden vorgeworfen worden. Der Regent habe befohlen, die Leichen der anderen eng-lischen Offiziere ebenso zu behandeln. Der politische Agent Grimwood und zwei andere Offiziere hätten in-folge dessen dasselbe Loos wie Quinton erlitten. (Am vorigen Freitag wurde berichtet, der Rajah habe dem Vicelkönig von Indien in einem Briefe mitgetheilt, daß der Thronfolger des entsetzten Rajah, der die Nieder-melung der englischen Gefangenen anordnete, hin-gerichtet worden sei. Unter dem Regenten, der den grausamen Befehl zur Verstümmelung der ermordeten Offiziere gegeben hat, ist also wohl nicht der jetzige Rajah, sondern der bereits von den Eingeborenen selbst getödtete Thronfolger des entsetzten Rajah zu verstehen. Ueber einen Punkt gibt die Depesche völlige Klarheit, nämlich darüber, daß an der anfangs bestrittenen Er-mordung Quintons und seiner englischen Begleiter nicht mehr zu zweifeln ist.)

Chicago, 13. April. Eine Feuersbrunst zerstörte am Samstag das Möbelmagazin von John Smith und das Museum, sowie das Haymarket-Theater. Der Schaden beträgt eine Million Dollars. Im Haymarket-Theater fand während des Brandes eine Vorstellung mit Thieren statt. Infolge der ausgebrochenen Panik drängten mehrere Hundert Zuschauer gegen eine Treppe, an welcher der Polizist Sherry die seinen Anordnungen nicht Gehorchen-den niederzuschießen drohte, wodurch er eine Katastrophe verhinderte. Viele Affen wurden freigelassen und kamen in den Flammen um.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 14. April. 53. Ab. Vorst. Wegen Erkrankung des Herrn Lange statt „König Heinrich IV. 1. Theil“. „Fanten unter der Asche“, Vaudeville in 1 Akt von Gd. Stobler. — „Unter Brüdern“, Lustspiel in 1 Akt von Paul Heyse. — „Der Weg durch's Fenster“, Lustspiel in 1 Akt von B. Friedrich. Anfang  $\frac{1}{2}$  7 Uhr.

### Familiennachrichten.

Geburten. 8. April. Carl Ludwig, S. Karl Stehlin, Hauptlehrer. — Anna Maria, S. Benedikt Güntert, Fabrikar-beiter. — 10. April. Lea, S. Moses War, Handelsmann. — Katharina, S. Wilhelm Wiederoth, Schmid. — Friedrich Wilhelm, S. Ludwig Glaser, Beleuchtungsdiener. — 11. April. Luise Emma, S. Wilhelm Dahlinger, Former. — Wilhelm August, S. Adolf Schmidt, Schlichter. — 12. April. Albert, S. Michael Henrich, Kasernenwärter. — 13. April. Luise Helvetia, S. Rudolf Fischer, Wertmeister.

Cheaufgebote. 11. April. Friedrich Bechel von Saar-louis, Schneider hier, mit Elisabeth Niedinger von Oberbach. — Karl Göbelbecker von Nieselsheim, Justizaktuar hier, mit Luise Bauer von Altdorf. — Gust. Huber von Dittenhöfen, Mechaniker hier, mit Luise Rohrer von hier. — 13. April. Heinrich Spoth von hier, Schneider hier, mit Luise Decker von Langenalb. — Franz Schwaner von Durlach, Fabrikarbeiter allda, mit Ka-tharina Kirschard, Wwe., von Unterzombach. — Friedrich Steininger von Mannheim, Maschinen Schlosser hier, mit Katharina Braunmüller von Stockheim. — Emil Blum von Bergzabern, Kaiserl. Notar in Mannsheim, mit Emma Seeligmann von hier. — Emil Roth von Hirsberg, Schriftfeger hier, mit Bertha Kohnmann von Wittersdorf. — Fridolin Ditzel von Langen-brücken, Kaufmann in Mannheim, mit Anna Luppinger von hier. Todesfälle. 11. April. Ella, 2 J., S. Jakob Martin, Schneider. — Frieda, 4 J., S. Friedrich Rauch, Fabrikarbeiter. — Marie, 6 M., S. Konrad Böder, Eisenbreher. — Josefina, Ehefrau von Privatier Karl Vötker, 40 J. — 12. April. Pauline, 9 J., S. Ludwig Kammeter, Fuhrmann.

### Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

April.	Barom. mm.	Therm. in C.	Relative Feuchtigk. in mm.	Wind.	Himmel.
11 Nachts 9 1/2 U.	749.2	+5.2	51	77	RG
12 Morgs. 7 U.	749.2	+3.0	50	88	bedeckt
12 Mittags 2 U.	748.9	+9.4	37	42	RG
12 Nachts 9 1/2 U.	750.3	+4.1	50	82	RG
13 Morgs. 7 U.	751.4	+3.4	4.9	83	EB
13 Mittags 2 U.	750.2	+8.6	4.6	55	RG

Wasserstand des Rheins. Wagan, 12. April, Wags., 4.46 m, gefallen 19 cm. — 13. April, Wags., 4.30 m, gefallen 16 cm.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

### Wetterkarte vom 13. April, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung ist andauernd eine unglückliche, indem immer noch ein intensives barometrisches Maximum im hohen Norden lagert, während an seinem Südrande sich Depressionen befinden, was nördliche Winde und damit ungewöhnlich kühles Wetter veranlaßt. Solche Depressionen sind heute über Pommern und über Oberitalien zu erkennen; unter ihrem Einfluß ist das Wetter unbeständig und regnerisch, stellenweise sogar zu Schneefällen geneigt. Eine durchgreifende Aenderung des bestehenden Witterungscharakters steht auch für morgen noch nicht in Aussicht.

### Frankfurter telegraphische Kurserichte

dom 13. April 1891.

Staatspapiere.	Oderbanker 149.20
3% D. Reichsanl.	86.40
4% D. Reichsanl.	106.15
4% Preuss. Kom.	106.70
4% Baden in fl.	101.70
4% in W.	103.75
Deherr. Goldrente	97.40
Silberrent.	80.90
4% Ungar. Goldr.	92.20
1880er Russen	99.10
II. Orientanleihe	76.00
Italiener compt.	93.40
Egypter	98.20
Spanier	76.30
Holl.-Türken	92.60
5% Serben	91.80

Banken.	Kreditaktien	268 3/4
Dist. Kommandit	207.60	
Basler Banter.	158.40	
DarmstädterBank	150.80	
Handelsgesellsch.	147.30	
Deutsche Bank	155.20	

Berlin.	Wien.
Deh. Kreditakt.	165.40
Staatsbahn	108.00
Komban.	52.70
Dist. Kommand.	207.90
Marienburger	72.20
Dortmunder	67.70
Saurhütte	123.70

